

AKTUELL

BERUFSWELT

Wenn Arbeit zur Qual wird ...

Isabel Spigarelli

Bei Lëtz Rise Up war Diskriminierung, beim Arbeitsministerium Mobbing Thema der Woche. Lëtz Rise Up fordert die Politik heraus, während diese eher Schadensbegrenzung betreibt.

Rund um den ersten Mai stehen Arbeiter*innen traditionsgemäß im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses, doch die feministische und anti-rassistische Organisation Lëtz Rise Up setzte diese Woche einen eigenen Schwerpunkt: Am Dienstag stellte sie ihre Aktionen gegen Diskriminierung in der Berufswelt vor. Neben einer Infobroschüre und einem Erklärungsvideo, stellt die Organisation Forderungen an die zuständigen Ministerien, darunter das Ministerium für Arbeit.

Zwar bestünden mehrere Regelungen, doch seien diese vielen Betroffenen unbekannt. Die Studie „Le racisme et les discriminations ethno-raciales au Luxembourg“ (2022) belegt, dass 66,6 Prozent der Studienteilnehmer*innen, die allgemein von Rassismus oder „discrimination ethno-sociale“ betroffen waren, die Vorfälle nicht meldeten – und das meistens aufgrund mangelnder Informationen. Dem will Lëtz Rise Up mit seiner Aktion entgegenwirken.

Das ist jedoch nicht das einzige Problem, das die Organisation angehen will: Sie fordert zudem die Erweiterung der Diskriminierungsmotive, die gesetzliche Verankerung firmeninterner Meldeprozeduren bei Diskriminierung, transparente Bewerbungsverfahren, eine Beweispflicht im Sinne der Betroffenen sowie die Überarbeitung der Rolle des Centre à l'égalité de traitement (CET) und anderer Anlaufstellen.

Ferner plädiert Lëtz Rise Up für die Verpflichtung Absagen zu begründen, wenn bereits ein Vorstellungsgespräch stattgefunden hat. Dies könne diskriminierende Motive offenlegen. Lëtz Rise Up schlägt außerdem vor, spezifischen Personengruppen Stellenangebote gezielt näherzubringen, Bewerber*innen Unterstützung bei der Jobsuche anzubieten oder auch Praktika für Betroffene von Diskriminierung zu organisieren, deren erfolgreicher Abschluss mit einem Jobangebot einhergeht.

Was die Rolle derzeitiger Anlaufstellen betrifft, übt Lëtz Rise Up zunächst Kritik am CET: Sein Verwaltungsrat spiegele keineswegs die Diversität, die es sich auf die Fahne schreibe; Themen wie Rassismus kämen in seiner Arbeit zu kurz, genauso wie der Austausch mit der Zivilgesellschaft. Lëtz Rise Up wünscht sich trotzdem ein „pouvoir d'investigation“ für

das CET, sprich „le pouvoir d'exiger la production de documents et autres éléments, de faire saisir de tels éléments et d'interroger des personnes.“ Dem CET solle es zustehen, Sonderberichte über Arbeitgeber*innen zu veröffentlichen, die ihren Anforderungen nicht nachgekommen seien. Auch eine Aufstockung des Personals sei notwendig.

Des Weiteren spricht Lëtz Rise Up sich für die Weiterbildung aller Berufstätigen in Sachen Anti-Diskriminierungsgesetze, für die Sensibilisierung der Justizautoritäten und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus, die gegen Diskriminierungen ankämpfen. Den kompletten Forderungskatalog gibt es online auf letzriseup.com.

Das andere Problem

Derweil luden das Arbeitsministerium und die Inspection du travail et des mines (ITM) ebenfalls am Dienstag zur Pressekonferenz über ein weiteres Problem der Berufswelt, nämlich Mobbing am Arbeitsplatz. Der zuständige Minister Georges Engel (LSAP) und der Direktor der ITM Marco Boly gaben Auskunft über das neue Gesetz und stellten diesbezüglich eine Informationskampagne der ITM vor, die sich derzeit auf die Einrichtung einer Telefonhotline und einer E-Mail-Adresse für Betroffene und Zeug*innen beschränkt. 2022 verzeichnete die ITM 35 Klagen und 405 Kontaktaufnahmen wegen Mobbing; die Mobbing ASBL hingegen eröffnete 75 Verfahren zum Thema.

Anfang März hatte die Abgeordnetenkammer das Gesetz verabschiedet, nach dem Betroffene von Mobbing im Arbeitsumfeld besser geschützt und Arbeitgeber*innen sowie Personalvertretungen stärker in die Verantwortung genommen werden sollen. Wissen Arbeitgeber*innen von besagten Vorfällen, müssen sie beispielsweise interne Schlichtungsmaßnahmen einleiten. Greifen diese nicht, müssen sie die ITM einschalten, die nach dem Austausch mit den Betroffenen und den Täter*innen einen Bericht vorlegt. Die Arbeitgeber*innen sind in der Folge verpflichtet, die dort kommunizierten Maßnahmen umzusetzen. Andernfalls drohen Sanktionen in Höhe von bis zu 2.500 Euro.

Blühen den Chefetagen härtere Strafen, bietet der Gesetzestext den Arbeiter*innen Auswege: Sind sie von Mobbing betroffen, können sie eine fristlose Kündigung einreichen; für die Unkosten müssen die Arbeitgeber*innen aufkommen.

SHORT NEWS

Protection du patrimoine : bilan mitigé

(rg) – Le hearing pour une « protection du patrimoine architectural plus cohérente et plus efficiente » ce mercredi à la Chambre était déjà un succès avant d'avoir eu lieu : la ministre de la Culture Sam Tanson (Déi Gréng) avait convoqué la veille une conférence de presse sur la nouvelle loi en la matière pour en dresser un bilan éminemment positif. Pas très sportif, pourrait-on dire, car les dépositaires d'une pétition n'ont que dix minutes pour exposer leur point de vue lors des hearings, et la ministre aurait pris ainsi une longueur d'avance. Mais, d'un côté, les pétitionnaires, avec des exposés très fouillés et appuyés par des images d'immeubles récemment détruits, se sont vu accorder par les membres de la commission des Pétitions une petite rallonge pour pouvoir venir à bout de leur propos. De l'autre, leur intention n'était justement pas de contester les bienfaits de la nouvelle loi, qui, une fois que l'inventaire de toutes les communes sera réalisé, empêchera des destructions aveugles. Mais cela va prendre des dizaines d'années. D'ici là, le bilan de la nouvelle loi ne se mesurera pas, comme l'a remarqué Peter Kleijnenburg de Luxembourg under Destruction, par ce qui aura été protégé, mais par ce qui n'aura pas survécu à la spéculation pour laisser place à un cube blanc après l'autre. Or, de ce point de vue, le bilan s'avère catastrophique. Un moratoire interdisant la démolition de tout immeuble construit avant une certaine date, sauf demande d'autorisation motivée à approuver par les services du patrimoine, aurait permis d'y mettre un frein. Même si l'idée d'un moratoire n'a pas été retenue, la commission des Pétitions soumettra les doléances à pas moins de cinq ministres compétents, pour étudier notamment des mesures fiscales incitatives qui pourraient contenir l'hémorragie.

Jugendstrafgesetz: Lob und Kritik von der CCDH

(tj) – Vor einem Jahr legte die Regierung drei Gesetzentwürfe zum Schutz Minderjähriger vor: ein Jugendstrafgesetz, ein Jugendschutzgesetz, und ein Gesetz zu den Rechten von Minderjährigen, die Opfer oder Zeuge einer Straftat geworden sind. Die Reform ist sehr zum Wohlgefallen der Menschenrechtskommission (CCDH), das machte sie bereits in ihren Gutachten zu den beiden letztgenannten Entwürfen deutlich. Insgesamt begrüßt sie die Herangehensweise, Jugendschutz und Jugendstrafrecht voneinander getrennt zu behandeln; eine Unterscheidung, die in der aktuell geltenden Rechtslage nicht vorgesehen ist. Nun liegt auch das CCDH-Gutachten zum Jugendstrafgesetz vor. Darin äußert sie viel Lob, aber auch wesentliche Kritikpunkte. Einer davon betrifft das Strafmündigkeitsalter, das laut Entwurf erstmals festgeschrieben wird, und zwar auf 13 Jahre. Zu niedrig, wie die CCDH befindet. Sie empfiehlt, es stattdessen auf mindestens 14 Jahre zu setzen. Erfreut zeigt sie sich über das Vorhaben, das Jugendstrafgesetz unter bestimmten Umständen auch auf Volljährige anzuwenden. Dabei moniert sie jedoch zwei Dinge. Erstens solle diese Ausnahme nicht nur bis zum Alter von 21, sondern auch noch 4 Jahre später zur Anwendung kommen können. Zweitens müsse der Gesetzgeber allgemeingültige Kriterien für das Inkrafttreten dieser Ausnahmeregelung festlegen, die über den Aspekt der „emotionalen Reife“ hinausgehen. Abschließend fordert die CCDH die Regierung dazu auf, sich die nötigen Mittel zu geben, Daten in Sachen Kinderrechte nach Alter, Geschlecht, Behinderung und sozio-ökonomischem Hintergrund aufgeschlüsselt zu erheben.

Forum 431: Suffizienz

(ja) – In ihrer Mai-Ausgabe dreht sich bei der Zweimonatszeitschrift Forum alles um das Thema Suffizienz. Der Begriff hat keine allgemeingültige Definition, im Grunde geht es um das Bemühen, möglichst wenig Ressourcen und Energie zu verbrauchen. Das Dossier beleuchtet aus unterschiedlichsten Blickwinkeln was der Mensch braucht – und wie viel davon reicht. So gibt Benjamin Klein, Projektkoordinator beim Centre for Ecological Learning Luxembourg (Cell), eine sehr optimistische Einführung ins Thema, während Marc Baum, ehemaliger Déi Lénk-Abgeordneter, über Star Wars und das Scheitern des grünen Kapitalismus schreibt. Carlo Thelen, Generaldirektor der Handelskammer, vertritt ganz andere Thesen, die in Richtung nachhaltiges Wachstum gehen; die Achtsamkeitstrainerin Berenice Boxler schreibt über „Dankbarkeitsübungen“, die dabei helfen sollen, die innere Suffizienz zu finden. Andere Autor*innen befassen sich mit Suffizienz in der Stadtplanung, besuchen das Äerdschëff in Redingen – und woxx-Redakteur Raymond Klein schreibt über Rationierung als letztes Mittel. Aber auch abseits des Dokuments bietet das neue Forum-Heft viel interessanten Lesestoff: eine Analyse der geplanten Inklusionsmaßnahmen der Regierung; ein Artikel über die komplizierte Geschichte lusophoner Migration in Luxemburg und wie gewohnt Beiträge über Literatur, Geschichte und Kino.